

Studie lässt „gar keine Alternative“ zu Poldern

Dezentrale Lösung und Schleusenmanagement sind weniger effektiv – Glauber wirbt um Solidarität

Von Andreas Kerscher

Wörth/München. Ein Hochwasserschutzkonzept mit Poldern entlang der Donau ist „so effektiv, dass wir gar keine Alternative haben“. Das sagte Umweltminister Thorsten Glauber (Freie Wähler) am Montag in München, wo er ein lang erwartetes Gutachten zum Hochwasserschutz vorstellte. Die Ergebnisse der Studie hatten Glaubers Parteichef Hubert Aiwanger bereits vor der Veröffentlichung zu einer politischen Kehrtwende bewegt.

Im Koalitionsvertrag mit der CSU hatten die Freien Wähler eigentlich den Baustopp der beiden Flutpolder im Landkreis Regensburg und des Polders Bertholdsheim in Oberbayern verankert. Als Reaktion auf Kritik daran hatte der Ministerrat im Januar 2019 ein Gutachten in Auftrag gegeben. An den Ergebnissen dieses Gutachtens komme er nicht mehr vorbei, hatte der erklärte Poldergegner Aiwanger vor einigen Wochen mitgeteilt und die Polder für nötig erklärt (wir berichteten).

Seit Montag sind diese Ergebnisse nun auch öffentlich zugänglich: Ein Verzicht auf die drei Flutpolder würde das gesamte Flutpolderprogramm an der Donau infrage stellen, fasste das Umweltministerium zusammen. Glauber betonte die Verantwortung der Oberlieger für die flussabwärts gelegenen Städte: „Es ist entlang der Donau ein Solidarprinzip.“ Die gesamte Polderkette mit neun Poldern kostet inklusive Wartung und möglichen Entschädigungszahlungen in den nächsten 100 Jahren rund 900 Millionen Euro. Sie soll dafür ein Schadenspotenzial von neun Milliarden Euro verhindern und 120.000 Menschen schützen.

Mit den Poldern im Landkreis Regensburg könnte laut Studie eine Donauhochwasserwelle bei Straubing um bis zu 40 Zentimeter ge-

kappt werden. Der Unterschied bei Deggendorf mache bis zu 24 Zentimeter aus. „Das bedeutet, dass wir bis zu 60 Stunden lang eine Scheitelkappung durchführen können“, sagte Glauber. Der Polder Bertholdsheim könne eine Hochwasserwelle in Ingolstadt um die Hälfte kappen, in Kelheim käme der Scheitel mit diesem Polder um ein Viertel niedriger an.

Die Studie hatte die Polder an der Donau mit dezentralen Hochwasserrückhaltebecken an Nebenflüssen verglichen. Mit einem klaren Ergebnis: „Wenn wir in der Fläche gleichen Schutz wollen, ist das nicht möglich“, sagte Glauber. Selbst wenn die einzelnen Teilflächen insgesamt doppelt so groß wären wie die Polder, wären sie nur 70 Prozent so effektiv. „Es ist, als würde man viele kleine Eimer aufstellen oder eine große Badewanne“, sagte der Umweltminister.

Bund Naturschutz fordert „ganzheitlichen Ansatz“

Davon enttäuscht zeigte sich der Bund Naturschutz (BN), der eine solche dezentrale Hochwasserlösung und einen „ganzheitlichen Ansatz“ fordert. Christine Margraf, Wasserexpertin des BN, teilte mit: „In der nun vorgelegten Studie zu den Poldern sind keinerlei Maßnahmen des natürlichen Hochwasserrückhaltes in Auen enthalten. Als Alternativen sind nur wenige große Rückhaltebecken an ausgewählten Zuflüssen untersucht, was aber nicht ansatzweise der Wirkung eines flächigen Rückhaltes und von Deichrückverlegungen entspricht.“

Auch eine Steuerung des Hochwassers über Staustufen ist laut Studie keine Alternative zu Poldern. Bei einem zehn- bis 30-jährlichen Hochwasser sei das Staufenmanagement eine gute Möglichkeit, sagte Glauber. Aber bei einem extremen Hochwasser könne man



Ein Gerüst zeigt die geplante Dammhöhe des Flutpolders bei Wörth. Der Widerstand gegen die Polder im Landkreis Regensburg wird wohl auch durch die nun vorgelegte Studie nicht gebrochen werden. Foto: Armin Weigel/dpa

mit Staustufen nur drei bis vier Millionen Kubikmeter Wasser zurückhalten – ein Zehntel des Volumens der Polder Wörthhof und Eltheim.

Eine Möglichkeit, die vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger bereits vorab als „Kompromiss“ ins Spiel gebracht worden war, zeigt die Studie aber auf: Ebenso wirksam wie zwei Polder bei Eltheim und Wörthhof ist

demnach eine große Variante des Polders Wörthhof, die 30,5 Millionen Kubikmeter Wasser fassen könnte. Diese große Variante würde im Flutungsfall um 2,20 Meter höher eingestaut. Dafür würde insgesamt weniger Fläche gebraucht.

Glauber ging auch auf die Anwohner ein: Wer Flächen im Poldergebiet habe, erhalte 20 Prozent Ausgleich und im Flutungsfall eine

100-prozentige Erstattung des Ernteausfalls, sagte er. Falls nötig würden danach die Ackerflächen wiederhergestellt, sagte der Minister. Laut den Ergebnissen könne der Polder „ohne negative Veränderungen der Grundwassersituation für die Anlieger“ realisiert werden. Für kommenden Montag kündigte er einen Dialog mit den Betroffenen an.

Regensburgs Landrätin: „Ist das verhältnismäßig?“

Der Frage eines Journalisten, ob es ein Fehler gewesen sei, die Polder im Koalitionsvertrag zu streichen, wich der Umweltminister aus. Auch dazu, dass zu den Hauptgegnern der Polder Landräte der Freien Wähler zählen, äußerte er sich nicht direkt: „Wir haben die Wirkungsweise dargelegt. Das hat nichts mit einer Parteifarbe zu tun“, sagte Glauber. Nun müsse der Landtag entscheiden.

Regensburgs Landrätin Tanja Schweiger (Freie Wähler), die auch Aiwangers Lebensgefährtin ist, äußerte sich am Montag gegenüber unserer Zeitung so: „Ist es verhältnismäßig, einen zehn Meter hohen Polder in der Größe des Tegernsees anzustauen, nur um 60 Kilometer weiter gut 20 Zentimeter zu gewinnen? Außerdem möchte ich bitte wissen, warum es die Polderstudie bislang nur für die Donau gibt und nicht für den Inn und die Isar.“

Christian Flisek, SPD-Landtagsabgeordneter aus Passau, begrüßte den Inhalt der Studie. Es sei gut, „dass sich Umweltminister Glauber doch noch gegen die Widerstände von Vizeministerpräsident Aiwanger durchgesetzt hat. Nicht Freunderlwirtschaft und regionale Befindlichkeiten, sondern wissenschaftliche Fakten müssen die Grundlage für die bayerische Hochwasserstrategie sein.“ Zuvor hatte die SPD Verfassungsklage angeordnet, sollte die Staatsregierung die Studie nicht veröffentlichen.

Ist ein 96-Jähriger ein NS-Verbrecher?

Weiden. (dpa) Ein 96 Jahre alter Mann aus Unterfranken soll möglicherweise an Verbrechen im Konzentrationslager Flossenbürg (Kreis Neustadt an der Waldnaab) beteiligt gewesen sein. Die Staatsanwaltschaft in Weiden ermittelt nach eigenen Angaben vom Montag gegen den Mann. Es müsse auch der Gesundheitszustand des 96-Jährigen geprüft und damit geklärt werden, ob er verhandlungsfähig wäre. Vernommen worden sei der Mann noch nicht, sagte Behördensprecher Christian Härtl. Die Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg war Härtl zufolge auf den Mann aufmerksam geworden, wohl weil das tschechische Militärarchiv in Prag Wehrpässe von damaligen SS-Angehörigen ins Internet gestellt hatte, darunter auch der Pass des heute 96-Jährigen.

Kleinkind mit kaputter Flasche angegriffen

Passau. (amg) Mit einer zerbrochenen Flasche bewaffnet hat ein 24-Jähriger am Samstagabend in einem Park in Passau mehrere Menschen angegriffen. Abends hatte sich der Mann dort mit anderen Menschen getroffen, die wie er ursprünglich aus Zentralafrika stammten. Als es zu einer Auseinandersetzung kam, griff der Mann eine 35-Jährige und ein einjähriges Kind an. Nachdem eine 43-Jährige dazwischenging, fing der Täter an, um sich zu schlagen. Dabei wurden drei Frauen verletzt. Dem Kind passierte nichts. Die Polizei ermittelt nun wegen gefährlicher Körperverletzung.

Mindestlohn und Klimaschutz

Niederbayerische Grüne starten in den Wahlkampf

Straubing/Deggendorf. (amg/red) „Bereit, weil Ihr es seid.“ Diesen Slogan zur Wahl haben die niederbayerischen Grünen am Samstag bei ihrer digitalen Bezirksversammlung zum Wahlauftakt verkündet.

Landesvorsitzender Thomas von Sarnowski zeigte sich optimistisch und verwies auf den anhaltenden Mitgliederzuwachs: „Wirksamen Klimaschutz zusammen mit sozialem Ausgleich und zukunftsfähiger Wirtschaft gibt es nur mit den Grünen im Kanzleramt.“ Bezirksvorsitzender Matthias Ernst sagte, dass die Extremwetterereignisse der letzten Wochen gezeigt hätten, wie wichtig grüne Politik sei.

Danach wurden die Direktkandidaten vorgestellt. Matthias Schwinger aus dem Wahlkreis Deggendorf/Freyung machte den Anfang. Er will sich besonders für die Stärkung des ländlichen Raums einsetzen. Maria Krieger aus dem Wahlkreis Lands-

hut/Kelheim beschäftigt sich vor allem mit Wirtschafts- und Ernährungspolitik. Rechtsanwältin Stefanie Auer steht für den Wahlkreis Passau parat: „Wir brauchen flexiblere Arbeitszeiten und sofort einen Mindestlohn von zwölf Euro.“

Marlene Schönberger, Direktkandidatin im Wahlkreis Rottal-Inn/Dingolfing-Landau, machte sich für die Verbesserung der sozialen Absicherung stark: „Altersarmut ist weiblich und ein Problem in Niederbayern. Wir müssen mit einem höheren Mindestlohn und einer Garantierente entgegensteuern.“ Für den Straubinger Bundestagsabgeordneten und Direktkandidaten im Wahlkreis Straubing/Regen, Erhard Grundl, braucht es nach der Wahl einen Neustart in der Kultur- und Sportpolitik: „Die Sportpolitik des Bundes schiebt einen Sanierungstau von 31 Milliarden Euro vor sich her. Da muss sich etwas ändern.“



Stellen den Slogan zur Bundestagswahl vor (v.l.): Matthias Schwinger, Maria Krieger, Stefanie Auer, Marlene Schönberger und Erhard Grundl

Foto: Bündnis 90/Die Grünen



In Pielenhofen im Kreis Regensburg informierte sich Regierungspräsident Axel Bartelt (3. v.l.) über das Projekt. Regierung der Oberpfalz/Schmid

Genau die richtige Menge

Pilotprojekt: Düngen und Trinkwasser schützen

Pielenhofen. (red) Durch genaueres Düngen Grundwasser schonen und gleichzeitig den Ertrag der Landwirte steigern: Das könnte Wirklichkeit werden, zeigt ein Pilotprojekt, das unter Federführung der Regierung der Oberpfalz nach zwei Jahren jetzt Ergebnisse liefert.

Umgesetzt wurde das Projekt mit dem Titel „Teilschlagspezifische Stickstoffdüngung im Kooperationsgebiet Trinkwasserschutz Oberpfälzer Jura (TWS OJ)“ unter anderem auf dem Aignhof von Rupert Schmid bei Pielenhofen (Kreis Regensburg). Bei einem Termin mit Regierungspräsident Axel Bartelt wurden die Ergebnisse vorgestellt.

Ziel des Projekts war es, Düngemittel noch exakter nach dem Bedarf der Pflanzen auszubringen, damit im Grundwasser weniger Nitrat ankommt. Dies ist jedoch eine besondere Herausforderung, da viele Felder kleinräumig wechselnde Bö-

den aufweisen. Je nach Witterung ergeben sich dadurch deutliche Unterschiede beim Pflanzenwuchs und damit beim Nährstoffanspruch der Pflanzen. Spezielle Satellitenkarten und modernste Technik machen es aber möglich, dass nur genau die Menge an Düngemittel ausgebracht wird, die die Pflanzen benötigen.

„Ein zukunftsweisendes Projekt, das hoffentlich bald flächendeckend Schule machen kann und wird“, sagte Bartelt. Einen Einblick in die Praxis bot Landwirt Schmid, dessen Schlepper mit der modernen Düngetechnik ausgestattet wurde. Seit letztem Jahr setzt Schmid dabei zusätzlich einen sogenannten N-Sensor ein, der bei der Überfahrt den Ernährungszustand der Pflanze misst und zeitgleich die Düngemenge entsprechend dem Bedarf anpasst. „Fest steht: Eine Fortführung wäre wünschenswert“, sagte der Regierungspräsident.